

# Italienische Gegenbewegungen

Cyrus Salimi-Asl

Politisch tot schienen sie zu sein, die italienischen Gewerkschaften. Bis sie im Frühjahr vergangenen Jahres aus ihrer Lethargie erwachten, wachgeküsst durch Italiens Ministerpräsidenten Silvio Berlusconi, der einen bedingungslosen Kampf gegen die Arbeiterklasse und die Gewerkschaften entfacht hatte. Das Erwachen aus dem Dornröschenschlaf war nicht besonders angenehm, führte aber dazu, dass die Vertreter der italienischen Arbeiterklasse endlich wieder ihre ureigenste Rolle übernahmen: sich für die von der neoliberalen Politik der Regierung Berlusconi bedrohten Rechte der Arbeiterinnen und Arbeiter einzusetzen. Die CGIL, Italiens größter Gewerkschaftsbund, der traditionell der Kommunistischen Partei Italiens (PCI) nahe stand, setzte sich im letzten Jahr unerwartet kraftvoll an die Spitze einer Bewegung, die die traditionellen Klassengrenzen sogar überschritt. Bei der Demonstration am 23. März 2002 folgten ihrem Aufruf, den Kündigungsschutzartikel 18 des Arbeiterstatuts zu verteidigen, rund drei Millionen Menschen und versammelten sich in Rom zu der wohl größten Massenkundgebung Italiens aller Zeiten nach dem Krieg.

Was war geschehen? Wie konnte das behäbige Schlachtschiff CGIL unter seinem Generalsekretär Sergio Cofferati (mittlerweile abgelöst durch Guglielmo Epifani) plötzlich wieder ins Zentrum des sozialen Konflikts rücken, nachdem es sich jahrelang in der konzertierten Aktion eingerichtet und sich im Schmusekurs mit der Mitte-Links-Regierung »Ulivo« geübt hatte (Campetti 2002; Greco 2003)?

## Reaktivierung linker Gewerkschaften

Man muss wohl der Regierung Berlusconi danken, dass sie den Konflikt um Deregulierung und Liberalisierung des Arbeitsmarktes auf Geheiß des Unternehmerverbands Confindustria auf die Spitze trieb und so die CGIL quasi zum Handeln zwang. Das offensichtliche Ziel der autoritär-liberalen Regierenden in Rom war, die (noch) vorhandene Einheitsfront der großen drei Gewerkschaftsbünde CGIL, CISL und UIL zu zerschlagen, indem man sie gegeneinander ausspielte: Die zu einem Kompromiss mit der neoliberalen Politik Berlusconis bereiten Gewerkschaften wurden mit süßen Angeboten gelockt, der an bestimmten Prinzipien festhaltenden CGIL dagegen der Stempel der politischen »Verantwortungslosigkeit« aufgedrückt. Diese Taktik funktionierte, und die Einheitsfront war zerschlagen. Umso überraschender ist jedoch, dass es die CGIL allein fertig brachte, die Massen für ihre Ziele zu mobilisieren.

Ein gewichtiger Grund liegt sicherlich in der Mobilisierungskraft der globalisierungskritischen Bewegung Italiens, die in der fundamentalen Frage der freien Verfügbarkeit der Arbeitskraft ein heimliches Bündnis mit der CGIL einging und nicht unwesentlich zum Erfolg der Demonstration beitrug.

Seit jenen Tagen ist beiden Seiten bewusst – der CGIL auf der einen Seite, den Globalisierungskritikern auf der anderen –, dass sie zur Mobilisierung breiter Schichten der Gesellschaft aufeinander angewiesen sind. Luca Casarini, von den Mainstream-Medien heftig umworbener Star der so genannten Disobbedienti (Ungehorsamen), hat richtig erkannt, dass die Anti-Globalisierungsbewegung, auch »Bewegung der Bewegungen« tituiert, nun nicht mehr das Vorrecht für sich beanspruchen kann, alleiniger Vertreter einer antagonistischen Kritik am kapitalistischen Weltsystem und der Globalisierung zu sein.

Die CGIL sieht dies ein bisschen anders. Ihre Mitglieder – immerhin noch über fünf Millionen Personen, darunter rund die Hälfte Rentner – haben Seite an Seite mit den Globalisierungskritikern beim Weltwirtschaftsgipfel in Genua 2001 demonstriert. Von offizieller Seite ist das Verhältnis zu den Globalisierungskritikern jedoch kühler. Zum einen weil die CGIL die Führungsrolle im sozialen Konflikt mit der Regierung beansprucht, zum anderen weil die Globalisierungsgegner die fundamentale Frage aufwerfen nach der Veränderbarkeit des Systems. Weil sie die Gewerkschaften für ihren politischen Dämmerschlaf kritisieren und mit dem Kampf um den Kündigungsschutzartikel Artikel 18 des Arbeiterstatuts ein Terrain für sich beanspruchen, das klassischerweise den Gewerkschaften (und den Parteien) vorbehalten war. Und hier liegt auch das Neue an der Anti-Globalisierungsbewegung. Die zumeist jugendlichen Aktivisten, die von ihrer Sozialisation her meist nicht zur Arbeiterklassen zählen (von Ausnahmen abgesehen), haben sich des Themas der drohenden Deregulierung der Arbeitsbeziehungen, die ganz zum Nachteil der Lohnabhängigen ausfallen, angenommen, als betreffe es sie direkt. So entstand eine Grundlage des gemeinsamen Kampfs mit den Gewerkschaften, insbesondere mit den Metallern der FIOM-CGIL (Cremaschi 2002d). Dass die italienische Anti-Globalisierungsbewegung die Sphäre der Arbeit als das tragende Element der kapitalistischen Gesellschaft »entdeckt« haben, verspricht viel über ihr politisches Potenzial und die möglichen Allianzen mit anderen gesellschaftlichen Gruppen (Brancaccio 2003).

Aber kann die CGIL tatsächlich als antagonistische gesellschaftliche Kraft angesehen werden, die das kapitalistische System in seinen Grundfesten zu erschüttern beansprucht? Dies darf bezweifelt werden, zumindest wenn man nach der Politik der Führungsspitze urteilt. Der neue Chef von Italiens größter Gewerkschaft, Guglielmo Epifani, hat nach seinem Amtsantritt in einem Interview sehr deutlich erklärt, dass er die »reformistische Berufung« der CGIL noch stärken wolle (Gianini 2002). Das lästige, von Unternehmerverband und rechter Regierung angeheftete Etikett »Reformverhinderer« soll endlich abgestreift werden. Epifanis Vorgänger, der langjährige Generalsekretär Sergio Cofferati, hat sich zwar durch radikalere Töne und zum Teil auch durch substantiell unterschiedliche Entscheidungen von seinen Amtskollegen der CISL und UIL abgehoben, insbesondere vor Ende seiner Amtszeit, war aber nicht in der Lage oder gewillt, den grundsätzlich reformistischen Kurs in der Wirtschaftspolitik von Romano Prodi, Massimo D'Alema und Giuliano Amato zu konterkarieren. Die nach dem Ende des Ost-West-Gegensatzes auf einen sozialliberalen Kurs cingeschworenen Ex-Kommunisten – erst der PDS (Partito democratico della sinistra) und dann der DS (Democratici di sinistra) – durften auf die Unterstützung durch die »Bruder-Gewerkschaft« CGIL rechnen, galt es doch, Italien »nach Europa« zu

führen, wie es propagandistisch so anschaulich umschrieben wurde. Und das hieß eine Blut-und-Tränen-Politik mit Sparhaushalten, Sonderabgaben für Europa und einer weiteren Schwächung des sozialstaatlichen Systems. Keine Regierung zuvor hat außerdem so radikal Schlüsselindustrien an die Privatwirtschaft verkauft wie die Mitte-Links-Koalition: die staatliche Telefongesellschaft Telecom Italia, der staatliche Stromversorger ENEL, die staatliche Erdölgesellschaft ENI, um nur die größten zu nennen. So sicherte sich die mit Ex-Kommunisten besetzte »Ulivo«-Regierung das Wohlwollen des Großkapitals, die Unterstützung durch die Kleinanleger der Mittelklasse und reihte sich in das europaweit dominierende Politik-Muster der neoliberalen Umstrukturierung von Wirtschaft und Gesellschaft ein.

Widerstand dagegen leisteten die Gewerkschaften praktisch nicht, auch nicht die CGIL. Sie begleitete diesen Prozess allenfalls mit gelegentlichen Ratschlägen, dass man den »Reformprozess sozialverträglich gestalten« müsse für die benachteiligten Schichten der Bevölkerung. Eine gesellschaftliche Alternative zur sozialliberalen Politik der Linksdemokraten und ihrer Verbündeten entwickelten die Arbeitnehmervertreter aber nicht. Die CGIL (und natürlich CISL und UIL) fiel somit aus als Gegenpart und gesellschaftlich rückgebundene Interessenvertretung breiter Schichten. Dem neoliberalen Instrumentarium der sozialliberalen Regierungskoalition aus ehemaligen Kommunisten, katholischen Zentrumskräften und Grünen hatte sie nichts Substantielles entgegenzuhalten (Cremaschi 2002b; 2003).

### **Die Anti-Globalisierungsbewegung**

In diesem, man möchte fast sagen, historischen Moment, wechselte die Regierung. Silvio Berlusconi ergriff zum zweiten Mal die Macht, und die Anti-Globalisierungsbewegung machte lautstark auf sich aufmerksam. Die Ereignisse um den Weltwirtschaftsgipfel im Jahre 2001 in Genua veränderten die Koordinaten der italienischen Politik grundsätzlich. Eine neue soziale Kraft schien geboren, die sich als Alternative zu den traditionellen Instanzen gesellschaftlicher Systemkritik (Gewerkschaften, Parteien) anbot. Und diese traditionellen Instanzen der organisierten Linken standen diesem neuen Phänomen tatsächlich hilflos gegenüber, weil sie nicht wussten, wie sie mit dieser neuen Bewegung, die in antagonistischen Kategorien argumentierte, umgehen sollte.

Wie vorauszusagen, tun sich die Linksdemokraten am schwersten mit der Einordnung dieses multiplen Protest-Potenzials, dessen politische Konturen noch nicht deutlich sind. Die von einigen Gruppen vorgebrachte grundsätzliche Kritik am kapitalistischen System mit der Option einer radikalen Veränderung macht die Anti-Globalisierungsbewegung den Linksdemokraten insgesamt suspekt, insbesondere der Parteiführung um Sekretär Piero Fassino und Präsident Massimo D'Alema, die streng darauf achtet, sich in den Augen der italienischen Bevölkerung und damit potentieller Wähler als »Reformkraft« zu präsentieren: Eine moderne linksliberale Partei, die mit der Zeit (d.h. mit den neoliberalen Tendenzen der »Flexibilisierung« sozialer Sicherungssystem) zu gehen weiß, ihre internationale »Verantwortung« nach dem Ende des Ost-West-Konflikts im Rahmen der NATO zu übernehmen versteht und allen radikalen oder gar revolutionären Versuchen widersteht.

Es ist aber offensichtlich, dass die sozialliberale Politik der DS in eine Sackgasse geführt hat, aus der die Partei nicht herauszukommen weiß. Die vom Unterneh-

merverband übernommenen neoliberalen Rezepte führten weder zu einem Wirtschaftsaufschwung noch zu mehr Arbeitsplätzen. Und die Wähler dankten der moderaten Linken ihre Politik nicht einmal; sie wählten lieber das autoritäre Original Silvio Berlusconi.

Eine wirkliche Alternative zu sozial- und autoritärliberaler Politik bieten in Italien derzeit im Grunde nur drei gesellschaftlich relevante Kräfte: die Partei der Kommunistischen Neugründung (Partito della Rifondazione comunista, PRC), schlicht Rifondazione genannt; die linken Teile der CGIL, insbesondere die Metallergewerkschaft FIOM; die Anti-Globalisierungsbewegung, die im folgenden näher betrachtet werden soll.

Das gesellschaftlich außergewöhnlichste Phänomen ist sicherlich die so genannte Anti-Globalisierungsbewegung, die gerade in Italien eine besondere Kraft entfaltet hat. Diese per se internationale Bewegung sprengt nicht nur die nationalen Grenzen, sondern auch die traditionellen Formen und Orte der Politik. Das macht sie in den Augen der traditionellen politischen Instanzen letztlich so »gefährlich«; ihre Anziehungskraft auf junge Menschen, die von Parteien und Gewerkschaften nicht mehr erreicht werden, ist unübersehbar. Dazu kommt jedoch ein entscheidender qualitativer Unterschied: Die Gegner der neoliberalen Globalisierung stellen das kapitalistische Gesellschaftsmodell mit seinen negativen Implikationen auf nationaler und globaler Ebene grundsätzlich in Frage. Der Slogan »Eine andere Welt ist möglich« deutet an, dass eine Alternative nicht nur denkbar, sondern auch realisierbar ist. Die Sprengkraft dieser Botschaft hat die moderaten italienischen Linksparteien wie DS und Sozialisten sowie die Gewerkschaften stark verunsichert. Die Massen, die die Bewegung bei bestimmten Anlässen auf die Straße zu bringen vermag, müssen die zum Sozialliberalismus gewendeten Altlinken vor Neid erblassen lassen. Und dabei handelt es sich nicht um eine temporäre Moderscheinung oder event hopping abenteuerlustiger Teens und Twens, die ihr ereignisleeres Leben durch Stadtguerilla-Spielchen aufpeppen wollen, wie manche Medien weiszumachen versuchen. Von dieser Sichtweise mussten die etablierten Linksparteien schon bald Abstand nehmen, weil die Bewegung beständiger war, als all das, was sich seit der 68er-Zeit im gesellschaftlich-politischen Raum bewegte. Noch ist nicht abzusehen, wohin die Reise gehen wird, aber es zeichnet sich bereits deutlich ab, dass die Bewegung in Italien Bestand haben wird. Jenseits aller Multi-Kulti-Romantik, bisweilen folklorefhaft anmutenden Solidaritätsbekundungen mit Befreiungsbewegungen oder globalisierungskritischen Gruppen des Südens und dem nicht zu überschenden Spaß-Charakter, machen diese zumeist jungen Menschen konkret Politik und attackieren das kapitalistische System an entscheidenden Stellen. Sie wenden sich besonders heftig gegen die so genannte Real-Politik, die allein danach fragt, wie man Machbares durchsetzen kann, und damit gegen die charakteristische Geisteshaltung sozialliberaler und gemäßiger linker Kräfte, die längst einen Kompromiss mit dem kapitalistischen System geschlossen haben. In ihren Aktionen vollzieht die Anti-Globalisierungsbewegung einen Bruch mit dem dominanten bürgerlich-parlamentarischen Politikverständnis von Parteien und Staat (Castellina 2001). Die einzelnen globalisierungskritischen Gruppen eignen sich den öffentlichen Raum in Italiens großen oder kleineren Städten an, sie besetzen leerstehende Gebäude, die dann als Agora oder Forum für politische Aktionen im Alltag dienen. Das ist zwar kein neues Phänomen, da

es in den großen italienischen Städten seit vielen Jahren so genannte centri sociali gibt, linksradikale selbstverwaltete Kulturzentren. Neu ist, dass die Räume der Globalisierungsgegner als Anlaufstellen und Informationsbörsen aller sozialer Gruppen dienen können, relativ unabhängig von ihrer Orientierung. Emblematisch ist das besetzte Zentrum »Ska« in Neapels Innenstadt; es liegt mitten im Zentrum und hebt sich allein durch seine prominente Lage in den politischen Raum der Stadt. In Neapel, der Millionenmetropole des italienischen Mezzogiorno, mit ihren erdrückenden sozialen Spannungen – die Arbeitslosigkeit liegt bei mehr als 23 Prozent – hat sich eine vitale Basisbewegung entwickelt, die das Stigma der sozialen Benachteiligung unmittelbar in politische Aktivität umzuwandeln versteht und sozusagen eine Süd-Süd-Solidarität mit Dritte-Welt-Ländern praktiziert. Gennaro Massimino (35) – ein Krankenpfleger, der in seinem Beruf nur noch Zeitverträge kennt – verdient monatlich nach dem Tarifvertrag umgerechnet 1.100 bis 1.150 Euro, arbeitet dafür aber oft mehr als 45 Wochenstunden. »Für mein politisches Engagement zählt nur die Realität, in der ich lebe«, sagt er. Geboren im Quartier Sanità, begann er Anfang der neunziger Jahre mit linken Bewegungen zu sympathisieren. Heute hilft er in einem »Volksambulatorium«, das Immigranten versorgt, die wegen fehlender Aufenthaltspapiere von regulärer medizinischer Betreuung ausgeschlossen bleiben. Massiminos »Dachorganisation« ist das Netzwerk Rebellischer Süden. Die politische Autonomie solcher Strömungen in dieser Stadt ist auffallend groß. Die Akteure haben teilweise sehr unterschiedliche Sozialisierungen durchlaufen. Parteien kommen als Bezugspunkt kaum noch in Frage – außerdem existieren der Partito Comunista, die Democrazia Proletaria oder Lotta Continua nicht mehr, die Ideologien überlagern sich, die traditionellen Milieus existieren nicht mehr (Salimi-Asl 2001; Castellina 2002b).

Dennoch stellen sich die traditionellen politischen Kräfte Italiens, die Interesse an einer Zusammenarbeit mit den Globalisierungsgegnern haben, einige grundsätzliche Fragen zum theoretischen Fundament der Kritik an den herrschenden gesellschaftlichen Verhältnissen. Insbesondere am Marxismus geschulte Denker bezweifeln, dass die Anti-Globalisierungsbewegung unisono als antikapitalistisch bezeichnet werden kann. Tatsächlich äußert sich die Kritik an der neoliberalen Globalisierung teilweise recht diffus und richtet sich undifferenziert sowohl gegen die Bretton-Woods-Organisationen (IMF, Weltbank), gegen Weltbank und WTO, aber auch gegen imperiale Nationalstaaten wie insbesondere die USA. Was eindeutig fehlt, zumindest im öffentlichen Diskurs zahlreicher Gruppen, ist eine klare, präzise und artikulierte Analyse der neoliberalen Globalisierung und der Transformation des kapitalistischen Systems nach dem Ende des so genannten Fordismus, das heißt, eine genaue Untersuchung und Bewusstmachung der Zersplitterungstendenzen in den abhängigen Arbeitsverhältnissen, was zu erheblichen Problemen für den Widerstand gegen die Ausbeutung durch das Kapital führt (Bellofiore 2002). Wenn aufgrund auch dieser Zersplitterung die soziale antikapitalistische Kraft, sprich die klassische Arbeiterbewegung nicht mehr für den Kampf gegen die modernen Formen der Ausbeutung gerüstet ist – und dafür sprechen viele Anzeichen, wenn man sich die Lage der Gewerkschaften anschaut –, muss am Anfang ein genaues Verständnis darüber stehen, wie sich der Kapitalismus im neuen Millennium entfaltet, welche Wege der Modernisierung er beschreitet und welchen Typen von Beziehungen er schafft im Verhältnis zwischen Lohnabhängigen und Kapital.

## Die Rifondazione Comunista

Diese profunde Analyse hat die Anti-Globalisierungsbewegung bislang noch nicht geleistet, lediglich in Ansätzen klingen derartige Überlegungen an, wenn der Gegensatz von Kapital und Arbeit thematisiert wird. Diese theoretische Vorarbeit müsste auch von den linken Parteien Italiens erbracht werden, die antagonistisch zum System stehen, das heißt von den beiden kommunistischen Parteien, allen voran Rifondazione Comunista (PRC). Die PRC, die aus dem linken Flügel der PCI hervorgegangen ist, hat sich sehr stark den globalisierungskritischen Gruppen angenähert. Die Jugendorganisation *Giovani Comunisti* ist Teil der Bewegung und den politisch radikaleren und innovativen Gruppen wie den *Disobbedienti* verbunden. Parteisekretär Fausto Bertinotti sieht mit der Antiglobalisierungs-Bewegung auf lange Sicht eine »neue Arbeiterbewegung« am Horizont aufziehen. Daher seine strategische Entscheidung, die politische Linie der PRC eng mit der Zukunft dieser Bewegung zu verknüpfen. Auf dem 5. Parteitag im April 2002 in Rimini wurde diese neue Ausrichtung mit großer Mehrheit (etwa 60 Prozent der Delegierten) abgesegnet. PRC-Sekretär Fausto Bertinotti will eine radikale Wende vollführen und sich sowohl von der leninistischen Avantgarde-Idee («Adieu an die avantgardistische Partei, die den Massen das Bewusstsein einflößt») als auch von stalinistischen Vorstellungen («Blei in unseren Federn») lossagen. »Worin besteht das Erbe des Stalinismus?«, fragte Bertinotti damals in einem Interview mit der römischen Tageszeitung *La Repubblica* und antwortete: »In der Vorstellung vom Sozialismus in einem einzigen Land. In der Idee, dass die Eroberung der Macht den Befreiungsprozessen vorangeht. Und in der Politik als exakter, von der Gesellschaft getrennter Wissenschaft.«

Die von Bertinotti angeführte Parteimehrheit arbeitete für den Parteitag 63 Thesen aus, die die Position der Kommunisten zu wichtigen politisch-ideologischen Fragen bestimmen: von Arbeit und Kapital über Imperialismus, Krieg und Globalisierung bis zur zukünftigen Rolle der Partei und ihren möglichen Verbündeten. Rifondazione Comunista soll demnach eine politische Kraft werden, die ihren Platz gleichberechtigt an der Seite der neuen sozialen Bewegungen findet, ohne eine Führungsrolle zu beanspruchen. »Die Partei steigt nicht mehr auf den Lehrstuhl. Wir sind gleichberechtigt mit den Ökologen, mit den Nonnen, mit den Ehrenamtlichen, mit all denen, die heute die Gesellschaft verändern wollen.«

Bertinotti misst insbesondere den Globalisierungskritikern besondere Aufmerksamkeit zu. Eine echte Wende will der PRC-Sekretär einleiten, ähnlich dem 1991 von Achille Occhetto vorgenommenen Wandel der Italienischen Kommunistischen Partei (PCI). »Achille entschied, mit dem real existierenden Sozialismus abzuschließen. Richtig. Aber er tat dies von rechts. Wir wollen von links den Sozialismus neu begründen«, erklärte Bertinotti (Salimi-Asl 2000b).

Die Quintessenz der 63 Thesen hinsichtlich der neuen sozialen Bewegungen wäre auf die Formel zu bringen: Wir müssen auf all jene zugehen, die in Porto Alegre, Göteborg oder Genua für »eine andere Welt« auf der Straße waren. Wir wollen uns öffnen – ohne Hegemoniebestrebungen. Parteichef Fausto Bertinotti spricht gern von der »Bewegung der Bewegungen«, die in seinen Augen eine »eher traditionell gefärbte Arbeiterbewegung« ersetzen könnte.

«Unsere Thesen sind Zeichen für das Entstehen der neuen politischen Kultur

eines revolutionären Kommunismus«, meint Marco Berlinguer, Sohn des legendären Sekretärs der einstigen Kommunistischen Partei Italiens (PCI) Enrico Berlinguer. Dabei gehe es nicht etwa um gemäßigte, sondern um scharf links konturierte Positionen. Aufgrund der durch die neoliberale Globalisierung provozierten Widersprüche sei die Revolution wieder eine Möglichkeit, heißt es in These 3 («Sozialismus oder Barbarei»), »ein mögliches Ziel der Menschheitsgeschichte«. In der Präambel zu den Thesen beruft sie die Partei denn auch explizit auf die Ideen von Karl Marx.

Über die Frage einer Annäherung zwischen Arbeiterbewegung und Globalisierungskritikern hat sich allerdings innerhalb der Partei eine Minderheit herausgebildet, die zu einigen der 63 Thesen Alternativ-Vorschläge präsentierte und etwa ein Viertel der Delegierten repräsentiert. Für Marco Berlinguer – selbst Vertreter der Mehrheitslinie – erscheinen diese »bemerkenswert traditionalistisch« im Sinne einer stärkeren Bindung an Identität und Prinzipien einer Kommunistischen Partei. Entscheidende Unterschiede zwischen beiden Fraktionen finden sich vor allem dort, wo es um die Umstände geht, unter denen das strategische Ziel, eine »alternative und plurale Linke Italiens« aufzubauen, erreicht werden kann. Einig ist man sich über die unverzichtbare Allianz mit den Linksdemokraten (DS). Ein erheblicher Dissens entsteht aber, wenn die Minderheiten-Position klar auf die Übernahme von Regierungsverantwortung reflektiert, während sich im Text der Mehrheit darauf kein Hinweis findet. Dort wird lediglich von einer »Plattform der Opposition zur Regierung« gesprochen. Vereinfacht könnte man sagen, dass die Parteimehrheit alles auf die Bewegung und den Aufbau einer oppositionellen Kraft in der Gesellschaft setzt, während die Minderheit am Ende doch eine Regierungsbeteiligung anstrebt.

Beide Seiten plädieren dann wieder einhellig für eine »kapillarische Präsenz« von Rifondazione im ganzen Land, nicht zuletzt, um einer Abkehr der Mitgliedschaft Einhalt zu gebieten. Was die Mehrheit als »Selbstreform der Partei« bezeichnet, wird bei der Minderheit zu »Von den Fundamenten ausgehen: Die Partei potenzieren«. Da schimmert das Verständnis der alten Avantgarde-Funktion linker Parteien durch, besonders wenn es heißt: »Aufgabe der Kommunisten ist es, die sozialen Subjekte zu organisieren, die – aufgrund ihrer objektiven Einordnung in die kapitalistische Produktion – potentiell Träger eines Gesellschaftsprojekts alternativ zum Kapitalismus sind: in erster Linie die Arbeiterklasse, die Angestellten, die unsicheren Beschäftigungsverhältnisse und die Arbeitslosen, die feministischen, pazifistischen und ökologischen Bewegungen. Unsere Partei setzt sich das langfristige Ziel, einen sozialen und politischen Block zu bilden, der die Mehrheit der Arbeiterklassen und der Unterdrückten repräsentiert.« Dieser Passus fehlt – aus nachvollziehbaren Gründen – in der Mehrheitsversion gänzlich (Salimi-Asl 2000a).

Aber auch die 63 Thesen von Rifondazione Comunista befriedigen nicht diejenigen, die sich mehr erwarten von einer kommunistischen Partei, die den Weg in die Zukunft weisen will für das Ziel einer Plattform der alternativen oder antagonistischen Linken – natürlich zusammen mit den globalisierungskritischen Gruppen. Die Analyse ist stellenweise schwach und bisweilen sogar widersprüchlich, wie einige Kritiker angemerkt haben (Bellofiore 2002; Cavallaro 2002; Chiarante 2002). Es gibt auch keine zufriedenstellenden Aussagen dazu, wie man die-

se alternative Plattform mit den Globalisierungsgegnern herstellen und gleichzeitig auf der institutionellen Ebene das Terrain für einen Machtwechsel vorbereiten will. Die PRC muss den Spagat leisten zwischen dem Mitschwimmen in der Anti-Globalisierungsbewegung und ihrer Rolle als radikale Oppositionspartei im Parlament. Darin besteht vielleicht auch ihre wichtigste Aufgabe in dieser entscheidenden Phase der italienischen Politik, in der eine rechte Regierung nach und nach die Verfassung auszuhöhlen beginnt und von den Institutionen des Staates Besitz ergreift; das Resultat wäre tatsächlich ein Regime, im negativsten Sinne des Wortes, das den politischen Raum für die Oppositionskräfte massiv einschränkt.

Die Gelegenheit scheint günstig in Italien aufgrund der gesellschaftlichen Fermentation: in der Gewerkschaftsbewegung, in der Anti-Globalisierungsbewegung und in bürgerlichen Kreisen, die für Legalität demonstrieren. Wenn es gelingt, eine Aktionseinheit zwischen diesen Bewegungen und antagonistischen linken Parteien wie Rifondazione Comunista herzustellen, besteht eine reale Möglichkeit, die Rechte zu schlagen und sie vor allem in der Gesellschaft zurückzudrängen. Dazu muss jedoch eine Basis gemeinsamer politischer Prinzipien und Ziele formuliert werden, auf der man sich verständigen kann. Das ist die Arbeit, die im Dialog mit den anderen Gruppen vor allem die PRC leisten muss.

## Literatur

- Agostinelli, Mario (2003): »Dal rifiuto alla proposta«, in: *La rivista del manifesto*, 35, gennaio.
- Bellofiore, Riccardo (2002): »Interne contraddizioni«, in: *La rivista del manifesto*, 26, marzo.
- Bertinotti, Fausto (2001): »Il rapporto con i movimenti«, in: *La rivista del manifesto*, 20, settembre.
- Brancaccio, Emiliano (2003): »Abolire il rentier globale«, in: *La rivista del manifesto*, 35, gennaio.
- Campetti, Loris (2002): »La Cgil dopo Cofferati«, in: *La rivista del manifesto*, 30, luglio-agosto.
- Castellina, Luciana (2001): »Forza e problemi del movimento«, in: *La rivista del manifesto*, 20, settembre.
- Castellina, Luciana (2002a): »Viaggio in una galassia«, in: *La rivista del manifesto*, 30, luglio-agosto.
- Castellina, Luciana (2002b): »Un altro forum è già stato possibile«, in: *La rivista del manifesto*, 34, dicembre.
- Cavallaro, Luigi (2002): »In punto di teoria«, in: *La rivista del manifesto*, 24, gennaio.
- Chiarante, Giuseppe (2002): »Il punto debole«, in: *La rivista del manifesto*, 26, marzo.
- Crevaschi, Giorgio (2002a): »Le tante anime dei sindacati«, in: *La rivista del manifesto*, 26, marzo.
- Crevaschi, Giorgio (2002b): »Fine della concertazione«, in: *La rivista del manifesto*, 30, luglio-agosto.
- Crevaschi, Giorgio (2002c): »Appuntamenti d'autunno«, in: *La rivista del manifesto*, 31, settembre.
- Crevaschi, Giorgio (2002d): »Come sempre i metalmeccanici«, in: *La rivista del manifesto*, 33, novembre.
- Crevaschi, Giorgio (2003): »Dividere per unire«, in: *La rivista del manifesto*, 36, febbraio.
- Gentiloni, Filippo (2002): »Cattolici no-global«, in: *La rivista del manifesto*, 27, aprile.
- Giannini, Massimo (2002): »'Non c'è rigore né sviluppo, la Finanziaria affossa il paese«, in: *La Repubblica*, 30 settembre.
- Giannini, Massimo (2003a): »La sinistra e la trincea di Sergio Cofferati«, in: *La Repubblica*, 31 marzo.
- Giannini, Massimo (2003b): »Amato: 'La sinistra riscopra le ragioni dell'Occidente«, in: *La Repubblica*, 9 aprile.

- Greco, Dino (2002): »Il lavoro non è finito«, in: La rivista del manifesto, 33, novembre.
- Greco, Dino (2003): »I passi obbligati della Cgil«, in: La rivista del manifesto, 37, marzo.
- Klas, Gerhard (2001a): »Die Akteure des Widerstands: Zur Geschichte der Antiglobalisierungsbewegung« (Teil 1)«, in: junge Welt, 9. Juli.
- Klas, Gerhard (2001b): »Die Akteure des Widerstands: Zur Geschichte der Antiglobalisierungsbewegung (Teil 2)«, in: junge Welt, 10. Juli.
- Klas, Gerhard (2001c): »Die Akteure des Widerstands: Zur Geschichte der Antiglobalisierungsbewegung (Teil 3)«, in: junge Welt, 11. Juli.
- Klas, Gerhard (2001d): »Die Akteure des Widerstands: Zur Geschichte der Antiglobalisierungsbewegung (Teil 4-Schluß)«, in: junge Welt, 12. Juli.
- Magri, Lucio (2002a): »Uno spartiacque«, in: La rivista del manifesto, 27, aprile.
- Magri, Lucio (2002b): »Lo sciopero grande«, in: La rivista del manifesto, 28, maggio.
- Magri, Lucio (2003): »Il vuoto della politica«, in: La rivista del manifesto, 35, gennaio.
- Pardi, Francesco (2003): »Un anno in movimento«, in: La rivista del manifesto, 35, gennaio.
- Rossanda, Rossana (2002): »Il problema di Cofferati«, in: La rivista del manifesto, 29, giugno.
- Salimi-Asl, Cyrus (2001): »Ein Hauch von Volksfront«, in: Freitag, 30, 20. Juli.
- Salimi-Asl, Cyrus (2002): »Ein Schritt vorwärts, zwei zurück?«, in: Freitag, 11, 8. März.
- Salimi-Asl, Cyrus (2002): »Adieu der Avantgarde-Idee«, in: Neues Deutschland, 5. April.
- Salvi, Cesare (2003): »Il lavoro senza rappresentanza«, in: La rivista del manifesto, 35, gennaio.
- »Theories of conflict« (2001), in: Socialist Review, 258, December.